

Wieland von Hodenberg



Friedenshetzer

Inhalt

Biografie

Das Umschmieden von Pflugscharen zu Schwertern

Die Bundesrepublik als Kriegsteilnehmer im Irak

Flüchtlingsdrama am Mittelmeer ist eine Schande für Europa

Solidarisch mit der Friedensbewegung in Israel

Bremer Waffen, Bremer Geld morden mit in aller Welt

Ich nenne ihn mal „Atom-Glos“

Wieland von Hodenberg, Auf dem Beginnenlande 20, 28327 Bremen,

Telefon: 0421-86 325, E-Mail: [WielandvonHodenberg\(at\)web.de](mailto:WielandvonHodenberg(at)web.de)

Biografie

Wieland von Hodenberg ist seit dem Gründungsjahr 1983 im „Bremer Friedensforum“ aktiv. Als Zusammenschluss von damals über 100 Organisationen, Stadtteil- und berufsbezogenen Friedensinitiativen, Kirchengemeinden, Gewerkschaftsgliederungen und Parteien war das Bündnis „Bremer Friedensforum“ Kristallisationspunkt unzähliger Aktivitäten der Friedensbewegung in der Region und ist dies bis heute geblieben. Anlass war zunächst die Stationierung neuer atomarer Mittelstrecken in Europa, dann die geplante Aufrüstung im Weltraum und immer wieder auch die nahe Bremen gelegene US-Brigade „Hell on Wheels“ („Hölle auf Rädern“), die damals eine riesige Panzertrasse quer durch ein zusammenhängendes Wald- und Naherholungsgebiet schlug und als „Speerspitze der Nato“ in Norddeutschland galt. Von Hodenberg ist Mitautor des 1987 vom „Friedensforum“ herausgegebenen Buches „Bremen – Friedenshauptstadt oder Rüstungszentrum?“ sowie einer Broschüre mehrerer Friedensinitiativen zum Thema Rüstungsbetriebe in Bremen. In den 1980er Jahren gehörte er zudem der „Deutschen Friedensunion“ an, schrieb zahlreiche Beiträge für deren vierteljährlich erscheinende Publikation „Abrüstungsinfo“ und wechselte nach Auflösung der Organisation in die Bremer Gruppe der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsgegner(innen)“.

Im Juni 1994 wurde in der „Villa Ichon“, dem Sitz des „Bremer Friedensforums“, das erste deutsche „Konsulat“ der „Geistigen Republik Zitzer“ ins Leben gerufen (siehe „Zivilcourage“ der DFG-VK, Nummer 4/94, Seiten 12 und 13). Kurze Zeit später folgten Hamburg und andere Städte. Konsul in Bremen ist bis heute Wieland von Hodenberg. Das Ganze basiert auf einer witzigen Idee findiger jugoslawischer Kriegsgegner. Zur Vorgeschichte: Während des Krieges in Jugoslawien weigerten sich im Mai 1992 alle männlichen Einwohner der 2.000-Seelen-Gemeinde Tresnjevac (Oromhegyes) in der serbischen Vojvodina nahe der ungarischen Grenze, an Kriegseinsätzen in Bosnien-Herzegowina teilzunehmen. Statt zum Gewehr zu greifen, gründeten sie unter maßgeblicher Mitwirkung der Frauen in der einzigen Dorfkneipe – einer Pizzeria mit Billardtisch – die „Geistige Republik Zitzer“, so benannt nach dem Besitzer der Kneipe. Zum „Präsidenten“ wurde der vollbärtige Dorfschullehrer Lajos Balla auserkoren, der auf dem Höhepunkt der Bremer Konsulatseröffnung dem Autor dieses Beitrags mit feierlicher Miene seine „Ernennungsurkunde“ überreichte.



Die fiktive Republik verstand sich als „grenzübergreifendes Staatswesen ohne territoriale Ansprüche“ und als geistiges Band zwischen allen friedensbewegten Menschen weltweit, die auf Antrag sogar die „Staatsbürgerschaft“ annehmen konnten. 8.000 Menschen haben dies getan, und mehr als 500 „Pässe“ stellte allein die Bremer „Diplomatische Vertretung“ aus. Als dem Dorf wegen seiner konsequenten Verweigerungshaltung die Zerstörung drohte und einzelne „Regierungsmitglieder“ verfolgt wurden, solidarisierten sich „Friedensforum“ und „Konsulat“ sowie die Hochschule für Künste mit den Bedrängten, unter anderem mit einem Benefizkonzert in Bremen. Damals wurden auch Veranstaltungsrundreisen von jugoslawischen Friedensaktivist(inn)en durch die Bundesrepublik organisiert. Es gab Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, und von Hodenberg setzte sich mit zahlreichen Appellen an den Bremer Senat für deren Aufnahme und Betreuung in der Hansestadt ein. Im Februar 1995 wurde der „Geistigen Republik Zitzer“ in Anwesenheit hoher „Regierungsmitglieder“ aus dem Friedensdorf und des Bremer „Konsuls“ der Friedenspreis des „Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerks“ in Nürnberg verliehen. Ein Schwerpunkt war stets auch der Einsatz für die Menschenrechte und gegen die Abschiebung von Asylsuchenden. Die „Regierung“ in Tresnjevac gibt es inzwischen nicht mehr, aber der „Präsidentenpalast“ steht noch! Auch das Vermächtnis lebt weiter, und dem fühlt sich von Hodenberg heute stärker denn je verpflichtet. Das „Konsulatsschild“ mit dem „Staatswappen“, drei Billardkugeln und eine angedeutete kreisrunde Pizza in Anlehnung an den Geburtsort Zitzers, ziert noch heute den Eingang der „Villa Ichon“ am Goetheplatz 4.

Wieland von Hodenberg, der auch jahrelang Vorstandsmitglied der „Solidarischen Hilfe e.V.“ war, engagiert sich heute neben seinen Aktivitäten im „Friedensforum“ und der DFG-VK mit regelmäßigen sozial- und friedenspolitischen Redebeiträgen in der „Initiative Bremer Montagsdemo“ sowie in der Initiative „Bremer Bürgerinnen und Bürger gegen Obdachlosigkeit und die Diskriminierung der Betroffenen“.

Veröffentlichungen:

- „Bremen – Friedenshauptstadt oder Rüstungszentrum?“, Beitrag Seite 68: „Bremens militärische Infrastruktur“, Herausgeber: Ekkehard Lentz und Klaus Jakubowski
- „Die Walser-Bubis-Debatte“, eine Dokumentation herausgegeben von Frank Schirmacher, erschienen 1999 im Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main, Beitrag Seite 144
- „Rüstungsstandort Bremen“, Herausgeber: BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“, „Bremer Friedensforum“, „Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden“, „Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung“, „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner(innen)“, zwei Beiträge, Seiten 26/27 und 34/35

- „20 Jahre Bremer Friedensforum“, Herausgeber „Bremer Friedensforum“, Beitrag Seite 28
- „Initiative Bremer Montagsdemo“, Beiträge im „Redebuch“, Band I bis V

Wieland von Hodenberg, Juli 2008

Das Umschmieden von Pflugscharen zu Schwertern

Das Ansehen der Grünen war bereits ramponiert, als sie 1994 die damaligen Bombenangriffe der Nato in Jugoslawien und den ersten Bundeswehreinsatz "out of area" in Bosnien befürworteten.

Der „Spagat zwischen Feldherrenhügel und Friedenstaube“, wie Guido Westerwelle es formulierte, musste schiefgehen, wenn „die Flexibilisierung des aufrechten Ganges“ (Kabarettist Dieter Hildebrandt) zwischen Staatsräson und Koalitionsdisziplin gelingen sollte.

Daher war der Beschluss des Parteitages von Rostock vorhersehbar und folgerichtig. Doch wer die Pflugscharen zu Schwertern umschmiedet, der darf sich nicht wundern, wenn ihm im freien Fall die Flügel verbrennen.

W.v.H., Leserbrief an die „Berliner Zeitung“, 26. November 2001

Die Bundesrepublik als Kriegsteilnehmer im Irak

Mit der geplanten Lieferung der Transportpanzer macht sich die Bundesregierung nicht nur zum Komplizen, sondern zum direkten Kriegsteilnehmer im Irak. Die Absicht widerspricht den eigenen Exportrichtlinien vom Januar 2000 und desavouiert die kritische Position Schröders zu dem Krieg. Die Rüstungslieferung gefährdet die Position der Bundesrepublik Deutschland als vermittelnder Macht im Nahen Osten. Damit setzt sie sich der Gefahr aus, selbst Angriffsziel des irakischen Widerstandes zu werden. Dies sieht auch der Kasseler „Bundesausschuss Friedensratschlag“ so.

Der Beschluss der Bundesregierung ist im „Bremer Friedensforum“ ebenfalls auf heftige Kritik gestoßen. Er wurde bekanntlich vom Bundessicherheitsrat vorbereitet, einer Art Geheimclub, der bisher alle Rüstungsexporte genehmigt hat. Preußische Tradition lässt grüßen! Dieses Gremium wird weder vom Parlament, noch von sonst wem kontrolliert, entstammt also vordemokratischer Zeit, und daher dürfte es den seltsamen Club schon längst nicht mehr geben. Es sei denn, die alten Traditionen werden in einem neuen, militärisch ausgerichteten Europa wieder gebraucht. Das scheint absolut der Fall zu sein!

W.v.H., Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau“, 7. Oktober 2004

Flüchtlingsdrama am Mittelmeer ist eine Schande für Europa

Spontandemo in Bremen fordert sofortigen Abschiebestopp
und Beachtung der Menschenrechte

Die Internierungen in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla, die Schüsse auf die afrikanischen Flüchtlinge, die Verzweiflung der Betroffenen und die Brutalität der Bewacher haben viele Menschen hierzulande tief geschockt. Am 13. Oktober 2005 gab es eine spontane Demonstration durch die Bremer Innenstadt, an der sich etwa 350 Menschen beteiligten. Starke Polizeikräfte versuchten, die Demonstrant(inn)en aufzuhalten, abzudrängen und auf andere Weise zu behindern. Die Empörung über dieses Vorgehen war groß. Vor allem afrikanische Teilnehmer forderten die Polizisten immer wieder zur Beendigung der Schikanen auf.

„Der Wahnsinn an den EU-Außengrenzen muss gestoppt werden – Keine Abschiebungen nach Marokko und anderswo!“ heißt es in einem Flugblatt der Initiatoren. Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten“ klärt darüber auf, dass viele Flüchtlinge von den spanischen Behörden nach Marokko abgeschoben wurden und dass marokkanische „Sicherheitskräfte“ sie in ein algerisches Wüstengebiet deportieren, wo es weder Wasser noch Lebensmittel gibt.

Weitere 2.000 Menschen würden derzeit an den Händen gefesselt in Bussen dorthin transportiert, und im Verlauf dieser Odyssee gab es bereits zahlreiche Tote und Verletzte. In einem Faxbrief an das Honorarkonsulat von Marokko in Bremen sowie an die marokkanische Botschaft in Berlin forderten die Demonstrationsteilnehmer die Regierung in Rabat auf, die Abschiebungen sofort zu beenden und die Menschenrechte zu achten. Von der Europäischen Kommission, der spanischen Regierung und den Vereinten Nationen wird die sofortige Untersuchung der skandalösen Vorgänge verlangt.

Das „Bremer Friedensforum“ weist in einer Presseerklärung darauf hin, dass die Fluchtgründe der Menschen vor Krieg, Diktatur und Verfolgung auch mit deutschen Rüstungslieferungen zusammenhängen, die zum Teil über bremische Hafenanlagen abgewickelt werden. In der Erklärung heißt es weiter: „Das ‚Bremer Friedensforum‘ wendet sich an die Bremer Mitglieder des Europaparlaments, Karin Jöns und Helga Trüpel, mit der Bitte darauf hinzuwirken, dass von Spanien aus keine weiteren Abschiebungen nach Marokko vorgenommen werden.“

Der Senat der Hansestadt wird aufgefordert, über das Konsulat an die marokkanische Regierung zu appellieren, den Flüchtlingen ein Bleiberecht zu garantieren. Zahlreiche Aktionen fanden auch in anderen Städten statt.

W.v.H., Artikel in „Der Bremer Antifaschist“, Dezember 2005

Solidarisch mit der Friedensbewegung in Israel

Die von langer Hand vorbereitete Großoffensive der israelischen Armee gegen den Libanon hat unerträgliches Leid über die dort lebenden Menschen gebracht. Tausende sind getötet oder verwundet worden, Hunderttausende sind auf der Flucht. Die Infrastruktur des Landes ist weitgehend zerstört. Nicht nur Stromversorgung, Fabriken, Brücken, Häfen und Straßen wurden bombardiert, sondern auch Wohnviertel und Dörfer. Den vor dem Krieg Fliehenden wurden viele Wege abgeschnitten. Selbst auf ihrer Flucht wurden sie das Ziel israelischer Bomben und Granaten. Israel schreckt sogar vor dem Einsatz geächteter Waffen wie Streubomben, Phosphorbomben und möglicherweise Giftgas nicht zurück.

Es geht der israelischen Regierung nicht um die Befreiung zweier Soldaten, sondern um eine grundlegende Neuordnung des Nahen Ostens. Dass sie die Hisbollah ausschalten wollten, die erhebliche Sympathie nicht nur unter der schiitischen Bevölkerung des Libanon genießt, geben sie mittlerweile offen zu. Deshalb fordern sowohl Israel als auch andere Staaten einen Einsatz ausländischer Truppen mit UN-Mandat. Aber auch eine solche Truppe wird Israel kein Mehr an Sicherheit bringen, sondern die Gewalteskalation im Nahen Osten verstärken.

Auch in den besetzten palästinensischen Gebieten ist die Situation dramatisch. Die Einstellung jeglicher Finanzhilfen durch die EU und USA – letztere verhindern auch durch Druck auf Banken, dass diese Geld aus anderen Quellen nach Palästina leiten – hat die Versorgungslage zusätzlich verschlechtert. In einem Land mit zerstörter Infrastruktur und extrem hoher Arbeitslosigkeit sind die Menschen auf Hilfe von außen angewiesen. Die Blockade der demokratisch gewählten palästinensischen Regierung zeigt, wie wenig es den westlichen Mächten um Demokratie geht, sondern nur darum, anderen ihre Bedingungen diktieren zu können.

Die Bundesregierung und die Regierungen anderer westlicher Staaten beziehen in diesem Konflikt einseitig Position und erschweren so eine friedliche Lösung. Die Zurückweisung der Forderung nach einem Waffenstillstand ist ein gefährliches Spiel. Ohne eine grundsätzliche politische Lösung des Palästina-Konflikts wird es kein Ende der Gewalt geben. Von der Bundesregierung fordern wir: Einsatz für Verhandlungen mit dem Ziel eines sofortigen Waffenstillstands und langfristig eines gerechten Friedens! Stopp aller Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten! Kein Einsatz deutscher Soldaten im Nahen Osten!

Gila Svirsky aus Jerusalem, Trägerin des Bremer Solidaritätspreises, und Hannah Safran, die mit anderen Frauen in Bremens Partnerstadt Haifa trotz des Raketenbeschusses Mahnwachen gegen den Krieg durchführt, informierten das Bremer Friedensforum über die aktuelle Arbeit der Friedensbewegung in Israel.

Am letzten Samstag fand eine große gemeinsame Friedensdemonstration in Tel Aviv mit 5.000 Teilnehmern gegen den Krieg im Libanon und im Gazastreifen statt.

Hannah Safran zitierte Briefe von Frauen aus dem Libanon über die schrecklichen Zerstörungen in diesem Land und sagte: „Ist Israel verrückt geworden, oder haben wir noch nicht bemerkt, dass wir in einem wahnsinnigen Land leben? Wir werden nicht schweigen. Der Krieg muss jetzt gestoppt werden. Nur jemand von außen kann Einfluss auf Israel nehmen, damit es die Kriegshandlungen einstellt.“

Das „Bremer Friedensforum“ fühlt sich mit der Friedensbewegung in Israel solidarisch verbunden. Es ruft dazu auf, die wöchentliche Mahnwache am Donnerstag um 17 Uhr auf dem Marktplatz zum öffentlichen Protest gegen den Krieg im Nahen Osten zu nutzen und auch die Bundesregierung zu einem stärkeren Friedensengagement zu bewegen.

Das „Friedensforum“ fordert: Sofortiger, bedingungsloser Waffenstillstand und Rückzug der israelischen Armee aus dem Libanon und allen besetzten Gebieten! Internationale Vermittlung zur Freilassung der israelischen Soldaten! Entlassung von palästinensischen und libanesischen Häftlingen aus israelischen Gefängnissen! Sofortige Entlassung der verschleppten Minister der palästinensischen Autonomiebehörde und der Abgeordneten des palästinensischen Parlaments! Einberufung einer ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten! Verhandlungen mit dem Ziel eines dauerhaften Friedens unter Einbeziehung der Hamas und der Hisbollah! Ein Palästinenser-Staat in den Grenzen von 1967!

W.v.H., Beitrag für die 95. „Bremer Montagsdemo“, 31. Juli 2006

Bremer Waffen, Bremer Geld morden mit in aller Welt

Mit Pauken, Hörnern und Trompeten aus Händels „Wassermusik“ empfangen Bürgermeister Böhrnsen und die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen die Chefs der Lürssen-Werft im Rathaus. Anlass war die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse im Auftrag Köhlers an Peter und Friedrich Lürßen. Die Zeremonie passt in eine Zeit, da Deutschland wieder zu einer europäischen Groß- und Kriegsmacht aufgestiegen ist. Die beiden Herren leiten schließlich eines der bedeutendsten Rüstungsunternehmen der Republik, was natürlich beim Empfang schamhaft verschwiegen wurde.

Nicht verschwiegen wurde ihr Engagement „fürs Gemeinwohl“, so Böhrnsen, als da sind: die Handelskammer, der Schiffbauverband, besagte Kammerphilharmonie und die erst jüngst vom Kaffeemagnaten Jacobs kalt übernommene „International University of Bremen“. Eine solche Preisverleihung an Repräsentanten der Kriegsgüterindustrie durch einen frischgebackenen „Major for Peace“ wäre vor zwanzig Jahren zumindest in Bremen noch völlig undenkbar gewesen.

Vor vier Jahren, während des anglo-amerikanischen Überfalls auf den Irak, eskortierten laut einem Zeitungsbericht Fregatten der Bundesmarine, wahrscheinlich auch von Lürssen, US-Kriegsschiffe beim Raketenbeschuss irakischer Städte. Tausende Unschuldiger fielen diesem Staatsterrorismus zum Opfer. Die Lürßens spielen heute die kunstsinnigen Mäzene, während ihre Schiffe woanders mörderische Schützenhilfe leisten. Wahrhaft eine „schöne“ Tradition!

Die Werft baut Schnellboote, Korvetten, Fregatten sowie Minensuchboote vom Feinsten nicht nur für die deutschen Seestreitkräfte: In den letzten vier Jahrzehnten hat Lürssen über 264 Kriegsschiffe ins Ausland geliefert, darunter auch nach Israel, an die arabischen Golfstaaten Kuwait und Bahrain sowie nach Nigeria, Thailand und Singapur. Die Türkei bezog erst jüngst sechs Minenjagdboote im Wert von 500 Millionen Euro. Siebzig Prozent ihrer schwimmenden Tötungsmaschinen gehen ohnehin in den Export und, wie an der kurzen Aufzählung sichtbar, an Freund und Feind gleichermaßen. Profitgier kennt eben keine Schamgrenzen, auch wenn sie sich hinter scheinbar menschenfreundlichem Mäzenatentum versteckt.

Die Werft besteht seit 130 Jahren und gilt als die „Wiege der deutschen Schnellboote“. Schon für die kaiserliche Marine baute Lürssen Kriegsschiffe, und für Hitlers faschistische Wehrmacht wurden zwischen 1939 und 1945 weit über 200 Schnellboote gebaut. Zur Zeit fertigt Lürssen für die Bundesmarine drei Fregatten des Typs F124, wovon jede einzelne einschließlich Bordhubschrauber und elektronisch gesteuerter Torpedos 650 Millionen Euro kostet. Als kürzlich mit viel Prominenz und Tamtam eine nagelneue Korvette auf den Namen „Magdeburg“ getauft wurde, protestierte unter anderem das Bremer Friedensforum mit einer

Mahnwache. Was Lürssen zur Zeit vom Stapel lässt, ist also wahrlich kein Segen für die Menschheit. An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch: Bremer Waffen, Bremer Geld morden mit in aller Welt!

W.v.H., Beitrag für die 110. „Bremer Montagsdemo“, 13. November 2006

Ich nenne ihn mal „Atom-Glos“

Ein lieber bayerischer Freund hat eine geniale Idee: Angela Merkels Wirtschaftsminister von der CSU will die Klimakrise ausgerechnet mit noch mehr Kernenergie lösen! Ob diese Idee nun wirklich genial oder einfach nur schizophran ist, ficht ihn nicht an. Dazu am Schluss eine kurze Bemerkung: Michael Glos hat noch eine weitere Idee. Der gestrige „Kurier am Sonntag“ wusste zu berichten, dass Glos laut „Spiegel“ für Hartz-IV-Bezieher die Arbeitspflicht einführen wolle.

Als ob es die nicht längst gäbe, schwadroniert der Mann mit den markant-bayerischen Gesichtszügen munter drauflos, es müsse das Ziel für jeden sein, sein Einkommen mit einem regulären Job „am Markt“ zu verdienen. Er erhoffe sich davon, dass niedrig bezahlte Tätigkeiten wieder „attraktiver“ würden. Bislang gebe der Staat jedem ein „Garantieeinkommen“ (?), für das er nichts zu tun brauche. Wo lebt dieser Mann eigentlich?

Herr Glos, wenn Sie selbst mal in den Käse hineinriechen und -beißen müssten, den Lustreisen-Hartz, Hassprediger Clement und Ex-Autokanzler Schröder produziert haben, dann würden Sie merken, dass der Schrecken schon mit dem Beantragungsformular für die lumpigen 345 Euro losgeht. Und Ihre schöne Hütte in den Bayerischen Alpen oder am Starnberger See müssten Sie auch verbraten – sonst gibt's kein Geld. Und wenn dann Ihre popelige Münchener Mietwohnung zu teuer ist, dann müssten Sie „die Miete senken“ oder ausziehen.

Weiter geht es mit dem stressigen Zwang, jeden Monat eine Menge nutzloser Bewerbungen schreiben zu müssen. Und mit Sanktionen würden Sie bestraft, wenn Sie den miesen Job nicht annehmen, den Ihnen eventuell die ARGE „anbietet“. Also, Arbeit und Mühe hätten Sie schon ohne Arbeit genug! Ich bin mal gespannt, wie Ihnen eine „zusätzliche“ Tätigkeit zum Hungerlohn schmecken würde, den Sie jetzt unter anderem mit den Kombilöhnen anpreisen.

Sie würden eventuell in einem Münchener Park oder auf einem Friedhof Laub fegen müssen, weil so etwas „im öffentlichen Interesse“ ist. Sie wissen doch, dass es den von Ihnen gepriesenen „Arbeitsmarkt“ in Wahrheit gar nicht gibt. Den Promi-Arzt im Münchener Nobelviertel könnten Sie auch nicht mehr aufsuchen, wenn Ihnen vom ganzen Elend schlecht geworden ist. Die AOK, in die Sie wahrscheinlich wechseln müssten, bezahlt den superteuren Arztbesuch natürlich nicht!

Es käme also eine Menge Ungemach auf Sie zu, und ich kann mir auch vorstellen, warum Sie gerade jetzt den Arbeitszwang erneut verkündet haben. Interessant ist nämlich, dass einige Konzernchefs in letzter Zeit verstärkt am sogenannten „Reform“-Tempo der Bundesregierung herummäkeln, was ebenfalls im „Kurier am Sonntag“ vom 25. Februar 2007 nachzulesen ist. Ihre groteske Idee, dem drohenden Klimakoller mit einem weiteren Klimakiller zu begegnen, kommt ja auch nicht von ungefähr! Damit ist völlig klar, woher der Wind auch diesmal weht.

W.v.H., Beitrag für die 123. „Bremer Montagsdemo“, 26. Februar 2007

